



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Auch nach Doha wird zu viel CO<sub>2</sub> ausgestoßen und zu wenig Geld für den Klimaschutz ausgegeben



Montag, 10. Dezember 2012 67. Jahrgang/Nr. 288 • Berlinausgabe 1,50 €

**STANDPUNKT**

## Katze im Sack

Von Aert van Riel

Trotz seines holprigen Starts als designierter Kanzlerkandidat steht die SPD diszipliniert hinter Peer Steinbrück. Er wurde mit einem deutlichen Ergebnis von 93,45 Prozent der Delegiertenstimmen beim Sonderparteitag in Hannover zum Kandidaten gekürt. Auch die einstigen Steinbrück-Gegner halten sich mit ihrer Kritik inzwischen zurück. Die Prognose von Jusos-Chef Sascha Vogt vor etwa einem Jahr, dass ein Kanzlerkandidat Steinbrück die Partei tief spalten würde, hat sich bisher nicht bewährt. Und das, obwohl Steinbrück allein wegen seiner umstrittenen Vortragshonorare und Personalentscheidungen eine große Angriffsfläche bietet.

Eine Spaltung drohte der SPD bereits im Zuge der Schröder-Ära. Die damals in der Partei verbliebenen linken Sozialdemokraten hatten jedoch den neoliberalen Kurs ihrer Führung zähneknirschend akzeptiert und darauf gesetzt, in naher Zukunft wieder mehr gehört zu werden. Sie hoffen nun, dass Steinbrück aus den Fehlern der Agenda-Politik gelernt hat. Immerhin kündigte der Kanzlerkandidat in seiner Parteitagrede an, dass die Marktwirtschaft stärker auf das Gemeinwohl verpflichtet werden solle. Wer arbeitet, soll auch etwas mehr Geld in der Tasche haben und nicht noch beim Amt aufstocken müssen, lautet eines von Steinbrücks Versprechen. Viele Genossen nehmen ihm offenbar ab, dass er die auch durch SPD-Politik angewachsene prekäre Beschäftigung wieder eindämmen will. Ob das zutrifft, ist offen. Sicher ist allerdings, dass er die Basis nicht mehr fragen wird. Schließlich ist ihm Beinfreiheit versprochen.

## Präsident hinter Gittern

Proteste gegen Ägyptens Staatschef Mursi halten trotz Zugeständnissen an



**Berlin** (nd-Ling). Das Banner vor dem Präsidentenpalast belegt es: »Das Volk will das Regime stürzen.« Ägyptens Präsident Mohammed Mursi stößt auf Widerstand. Erstmals in der seit zwei Wochen andauernden Krise über seine Sondervollmachten außer Kraft gesetzt. Der Opposition gehen die Zugeständnisse Mursis nicht weit genug. Die »Jugend-Revolution« kündigte weitere Proteste gegen das Verfassungsreferendum an und Friedensnobelpreisträger Mohammed al-Baradei erklärte über Twitter, die Opposition

werde den Verfassungsentwurf stoppen, »der unsere Rechte und Freiheiten unterdrückt«. Nach Darstellung Mursis wäre die von der Opposition geforderte Verschiebung der Abstimmung unzulässig, da sie laut Gesetz zwei Wochen nach Übergabe der Verfassung an den Präsidenten stattfinden müsse. Dies war am 1. Dezember geschehen, nachdem die von den Islamisten dominierte Verfassungsversammlung den Text im Eilverfahren ratifiziert hatte.

Seiten 4 und 7  
Foto: dpa

## Berlusconi gibt Monti den Rest

Italiens Regierungschef kündigt Rücktritt an

**Rom** (nd-Maldini). Es war ein turbulentes Wochenende in Italien, die Entscheidungen fielen Hals über Kopf. Zunächst hatte die Berlusconi-Partei Volk der Freiheit der Regierung von Mario Monti das Vertrauen entzogen. Dann erklärte Ex-Premier Silvio Berlusconi nach einem unendlichen Zickzack-Kurs, er werde nun doch als Spitzenkandidat seiner Partei antreten, einfach, »weil es keinen Besseren gibt«. Schließlich gab Ministerpräsident Mario Monti bekannt, er habe seinen »unwiderruflichen« Rücktritt eingereicht und werde nur im Amt bleiben, bis das Parlament den Haushalt für 2013 verabschiedet hat. Im kommenden Februar wird nun gewählt.

Für Italien hat dieses überstürzte Ende der »technischen Regierung« des ehemaligen EU-Wettbewerbskommissars erst einmal nur negative Konsequenzen. Die Kurse der Mailänder Börse verloren mehrere Prozentpunkte und die italienischen Staatsanleihen legten gegenüber den deutschen beachtlich an Risikoanschlag zu, was bedeutet, dass die Staatsschulden wieder steigen. Außerdem bleibt nun keine Zeit mehr, um sich vielleicht doch noch auf ein neues Wahlgesetz zu einigen. Dieses bleibt gültig – was zur Folge hat, dass die Abgeordneten nicht vom Volk gewählt, sondern von den Parteizentralen bestimmt werden. Außerdem ist dieses Gesetz so geschneidert, dass klare Mehrheiten praktisch unmöglich sind.

Die einzige Partei, die schon jetzt klar formiert in den Wahlkampf geht, ist die der Demokraten. Pierluigi Bersani wurde mit großer Mehrheit zum Spitzenkandidaten gekürt und zumindest die Koalition mit SEL (Linke, Ökologie und Freiheit) und den Sozialisten steht fest. Der Rest der politischen Landschaft »schwimmt« und auch das rechte Lager bleibt trotz der Rückkehr von Berlusconi gespalten. Die große Frage ist, ob Mario Monti jetzt selbst in die Politik geht und als Spitzenkandidat einer großen Zentrumsparterie antreten wird. Sicher ist nur, dass in Italien weitere Turbulenzen zu erwarten sind.

Kommentar Seite 4

**Unten links**

Bald ist es wieder soweit: Das **Ende** der Welt naht. Wie zuvor bereits in den Jahren 70, 1033, 1196, 1200, 1260, 1524, 1666, 1692, 1800, 1874, 1910, 1914, 1975, 1998, 1999, 2000, 2002, 2003 und 2005. Und dazwischen noch ein paar Dutzend Mal. So oft blieben die Warnungen vor dem Ende am Ende folgenlos, dass man inzwischen von einer Endlosschleife sprechen kann. Dieses Mal waren es die Maya, die angeblich über interne Infos zum genauen Datum des Untergangs verfügten. Der 21. Dezember ist es. Oder war's der 22. Dezember? Jedenfalls geht an diesem Tag die Venus im Westen unter, die Plejaden gehen im Osten auf, gleichzeitig geht die Sonne unter, dafür geht der Orion auf. Ob das nun hier, wo man sich stets um ein gutes Verhältnis zu den Plejaden bemüht hat, ein Problem ist, muss vorerst offen bleiben. Sicherheitsshalber könnte man natürlich ein paar zusätzliche Patriot-Raketen aufstellen. Die scheinen ja gegen alles gut zu sein.

uka

www.neues-deutschland.de  
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise Tschechien 65/75 CZK  
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



## SPD huldigt Steinbrück

Ex-Finanzminister auf Sonderparteitag zum Kanzlerkandidaten gekürt

Von Aert van Riel, Hannover

**Die SPD-Basis hat sich mit großer Mehrheit hinter ihren umstrittenen Frontmann Peer Steinbrück gestellt. Beim Sonderparteitag in Hannover votierten 93,45 Prozent der Delegierten dafür, dass der Hamburger nächster Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten wird.**

Die SPD will im Bundestagswahlkampf 2013 die soziale Gerechtigkeit zu einem zentralen Thema machen. »Wir sind die Partei der fleißigen Leute«, sagte Parteichef Sigmar Gabriel vor etwa 600 Delegierten beim SPD-Sonderparteitag in Hannover. Die Forderung der Partei soll in den nächsten Monaten ausgerechnet der Agenda-Verfechter Peer Steinbrück vertreten. Er wurde in Hannover offiziell zum Kanzlerkandidaten gekürt.

Der ehemalige Finanzminister bekräftigte in seiner knapp zweistündigen Rede die SPD-Forderungen nach einem Mindestlohn von 8,50 Euro und der Stärkung der Tarifbindungen. Höhere Sozialleistungen spielen für ihn dagegen eine untergeordnete Rolle. So konnte



Protest statt Applaus bei der Rede Peer Steinbrücks Foto: dpa/J. Lübke

Steinbrück auch an der Regierungszeit des SPD-Kanzlers Gerhard Schröder trotz des damals betriebenen Sozialabbaus nichts Negatives erkennen: »Immer dann, wenn die Sozialdemokraten regiert haben, ging es diesem Land besser.«

Steinbrück sprach sich erneut gegen eine Große Koalition aus und erklärte, die SPD wolle mit den Grünen regieren. Allerdings ist es kein Geheimnis,

dass er einst als Bundesfinanzminister mit Bundeskanzlerin Angela Merkel harmonierte. Nun wurmt es Steinbrück, dass die CDU-Politikerin in den Umfragen weit vor ihm liegt. »Die Kanzlerschaft Merkels ist der einzige Markenkern der CDU«, sagte Steinbrück etwas beleidigt. Er kritisierte auch die Sparprogramme in den kriselnden EU-Staaten, für die Merkel Mitverantwortung trägt. Dass

die oppositionelle SPD-Bundestagsfraktion den europapolitischen Kurs der Bundesregierung weitgehend unterstützt, erwähnte Steinbrück nicht.

Passend zu den Versprechungen des Kanzlerkandidaten verabschiedeten die Delegierten eine Resolution, in der unter anderem eine soziale Marktwirtschaft gefordert wird, die wieder »Wohlstand für alle« bringen soll. Die SPD will »in Bildung, Kinderbetreuung und gute Gesundheitsvorsorge investieren«. Diese Vorhaben sollen auch durch eine »gerechte Besteuerung hoher Vermögen, hoher Einkommen und großer Erbschaften« finanziert werden, heißt es schwammig.

Die einzigen kritischen Töne auf dem Podium des Parteitags kamen von Greenpeace. Ein Aktivist enthüllte während Steinbrücks Rede für alle Delegierten sichtbar ein Plakat, auf dem der Kandidat mit einem weißen Helm und der Spruch »Genug Kohle geschneffelt« zu sehen waren. Die Umweltorganisation wirft den Sozialdemokraten vor, mit ihrer Kohlepolitik die Energiewende zu blockieren.

Seite 5

**SPORT**

### Bayern enteilt der Konkurrenz

**Berlin** (nd). Herbstmeister FC Bayern München hängt Borussia Dortmund in der Fußball-Bundesliga immer weiter ab. Der Tabellenführer gewann am 16. Spieltag beim FC Augsburg mit 2:0 und vergrößerte den Abstand zum Titelverteidiger bereits auf 14 Punkte. Dortmund kassierte eine unglückliche 2:3-Niederlage gegen den VfL Wolfsburg, bei der Schiedsrichter Wolfgang Stark den Niedersachsen einen Elfmeter schenkte und Dortmunds Marcel Schmelzer unberechtigt des Platzes verwies.

### Freund bleibt in Führung

**Sotschi** (nd). Die deutschen Skispringer präsentieren sich kurz vor der Vierschanzentournee weiterhin in guter Form. Severin Freund und Richard Freitag jeweils auf Platz zwei und Andreas Wellinger als Dritter sorgten beim Olympiatest in Sotschi für drei Podestplätze in zwei Wettbewerben. Es siegten die Österreicher Gregor Schlierenzauer und Andreas Kofler. Freund baute seine Führung im Gesamtweltcup weiter aus.

### Nur zaghaft gegen Doping

**Stuttgart** (nd). Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) hat sich auf seiner Mitgliederversammlung gegen eine Strafverschärfung für Dopingsünder ausgesprochen. Ein Antrag des Leichtathletikverbandes, Sportler für den Besitz von geringen Mengen an Dopingmitteln zu bestrafen und eine Kronzeugenregelung zu schaffen, wurde ganz im Sinne von DOSB-Präsident Thomas Bach abgeschmettert.

Seiten 18 bis 20